



## POSITIONSPAPIER ZUM ENERGIEPARK VOERDE

# EIN SCHRITT ZUR KLIMA- NEUTRALEN ZUKUNFT

Wasserstoff ist ein wichtiger Energieträger der Zukunft, der insbesondere für die Dekarbonisierung unserer Industrie und perspektivisch für die Erreichung von Versorgungssicherheit unter den Bedingungen einer rein erneuerbaren Stromerzeugung benötigt wird.

Wir bekennen uns zum Ziel der Bundes- und Landesregierung, den Ausbau von Wasserstoff-Produktionskapazitäten und -Infrastruktur massiv zu beschleunigen. Das von RWE in Voerde forcierte Projekt bringt das Potential mit sich, die Energiewende in Deutschland entscheidend voranzubringen.

### Realitäten anerkennen

Die Fläche befindet sich im Eigentum von RWE und kann somit nicht ohne das Einverständnis des Eigentümers von städtischer Seite überplant werden. Sie ist außerdem im Regionalplan als Industrie- und Gewerbefläche ausgewiesen. Hinzu kommt die fehlende Rückbauverpflichtung seitens RWE. All diese Faktoren machen die Schaffung von Wohnbebauung auf dem Areal oder seine Renaturierung sowohl rechtlich wie auch finanziell unmöglich.

### Freiflächen möglichst erhalten

Wir begrüßen den Ansatz, bestehende Industriestandorte zum Bau neuer Anlagen zu nutzen (Brownfield-Entwicklung) statt weitere Naturflächen zu versiegeln. Allerdings bestehen auf dem Areal insbesondere im Bereich nördlich der Rahmstraße und östlich der Frankfurter Straße in erheblichem Maße unversiegelte Flächen, die teils landwirtschaftlich genutzt werden. Der Erhalt dieser Grünflächen wäre aus unserer Sicht wünschenswert.





Auf dem Gelände befindet sich in geringem Umfang Bestandswohnbebauung. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass hier eine einvernehmliche Lösung zwischen RWE und den Anwohner\*innen gefunden wird. Das Thema sollte im Verlauf der Offenlage weiter intensiv verfolgt werden.

## Mehrwert für Voerde schaffen

Voerde stellt hier eine große und attraktive Fläche zur Verfügung. Es ist nur fair, dass unsere Stadt und damit die Menschen, die hier leben, in Form von Gewerbesteuereinnahmen und damit Mitteln für bessere Radwege, Kitas und Schulen an den hier erwirtschafteten Gewinnen partizipieren. RWE hat mehrfach die Schaffung von Geschäftsstrukturen zugesagt, die eine Abführung von Gewerbesteuer in Voerde ermöglichen. Diese Zusage muss eingehalten werden.

Es wäre wünschenswert, wenn Voerde durch Einspeisung im Prozess entstehender Abwärme ins Fernwärmenetz profitieren könnte. Eine feste Zusage dazu wollte RWE wegen fraglicher Wirtschaftlichkeit nicht geben. Wir bedauern dies, machen es aber nicht zur Bedingung für unsere Zustimmung. Gleichwohl appellieren wir an RWE, eine Einspeisung auch bei eingeschränkter Wirtschaftlichkeit aus Gründen der ökologischen Ressourcenschonung und der Akzeptanz bei den Bürger\*innen vor Ort in Betracht zu ziehen.

## Belastungen möglichst minimieren

Die Pipeline zur Anbindung des Standorts an das Wasserstoffnetz in Richtung Duisburg wird in einem separaten Verfahren behandelt. Aus unserer Sicht ist es wichtig, hier Projekte zu bündeln und so Mehrfachbelastungen durch konkurrierende Projekte auszuschließen.

Die Verankerung einer Rückbauverpflichtung für den Fall der Außerbetriebnahme in ferner Zukunft wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Laut Auskunft der Stadtverwaltung ist dies rechtlich nicht möglich.





## Zukünftige Klimaneutralität sicherstellen

Wir erkennen die, auch in den Koalitionsverträgen von Bund und Land festgeschriebene, Notwendigkeit für den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken an. Es ist aber dringend notwendig, hier einen klaren Dekarbonisierungspfad aufzuzeigen und diesen auch einzuhalten. Erdgas darf hier nur als möglichst kurze Übergangslösung verstromt werden. Der Neubau von langfristig fossil operierender Infrastruktur ist inakzeptabel. Hier steht RWE in der Pflicht, seine Zusagen einzuhalten.

## Fazit

Auf Grundlage der hier diskutierten Abwägung, werden wir die notwendige, von der Verwaltung in Drucksache 17/480 vorgeschlagene Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes, vorbehaltlich neuer Entwicklungen, im Stadtrat zustimmen. Gleichzeitig fordern wir die Verwaltung auf, den weiteren Prozess im Sinne der vorgenannten Sachverhalte kritisch zu begleiten. Die weitere Diskussion der sich fortwährend konkretisierenden Pläne im Rahmen des Offenlageverfahrens ist geboten.

